



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Rechenschaftsbericht des Rektorats

Universität Paderborn

Paderborn, Nachgewiesen 1983/87 - 1991/92

4.1.1 Planung eines Interdisziplinären Zentrums für Informatik und
Technik

urn:nbn:de:hbz:466:1-8519



ENTWICKLUNGEN IN DER UNIVERSITÄT GESAMTHOCHSCHULE PADERBORN

4.1 Tendenzen und Initiativen

4.1.1 Planung eines interdisziplinären Zentrums für Informatik und Technik

In seiner Neujahrsansprache beklagte der Rektor nachdrücklich bestehende erhebliche Ausbaufizite der Universität-Gesamthochschule Paderborn. Allein in den Ingenieurwissenschaften und in der Informatik belaufe sich das Defizit auf knapp 40 Personalstellen sowie Forschungsflächen in beträchtlichem Umfang. Der seit langem geplante Ausbau der Hochschule sei für die ökologische und technologische Erneuerung des Landes NRW von zentraler Bedeutung, habe aber seit der Gründung der Universität-Gesamthochschule Paderborn wegen der finanziell mageren Jahre nur sehr langsam verwirklicht werden können. Die langsamen Fortschritte lägen aber auch an der landespolitischen Prioritätensetzung, die meist zugunsten aufwendiger Klinikbauten ausgefallen sei. Die Hochschule tue ihr möglichstes, um durch Drittmittelinwerbung den augenblicklichen wissenschaftlichen Standard aufrechtzuerhalten. Die Landesregierung wurde aufgefordert, endlich die erklärten hochschul- und innovationspolitischen Prioritäten in die Tat umzusetzen.

Anlässlich der Einweihung des CADLAB, einer gemeinsamen Einrichtung der Universität-Gesamthochschule Paderborn und der Firma Nixdorf zur dauerhaften Koopera-

tion in Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des rechnergestützten System- und Schaltkreisentwurfs, erklärte Heinz Nixdorf am 12. Februar 1986, er sei zu einer Schenkung in Höhe von 50 Mio. DM für Investitionskosten zugunsten der Hochschule bereit. Mit diesem Engagement wolle er ein Center of Excellence für Technik mit einem Schwerpunkt in der Informatik initiieren. Dazu erwarte er allerdings einen Beitrag des Landes NRW, der zum einen das zweifache der Schenkungssumme und zum anderen eine jährliche fiktive Zinsleistung von 8 v.H. zur Finanzierung des erforderlichen Personals beinhalten sollte.

Mit dieser Ankündigung löste Heinz Nixdorf nicht nur bei der anwesenden Ministerin Anke Brunn Überraschung aus. Die Ministerin bekundete aber sofort eine grundsätzlich positive Einstellung zu dem Projekt. Das Rektorat diskutierte daraufhin erste Vorstellungen über die Struktur eines einzurichtenden Zentrums, so daß bereits bei einem länger geplanten Informationsbesuch des Landtags-Wissenschaftsausschusses am 26. Februar 1986 ein erstes Konzept präsentiert werden konnte.

Neben der Grundausstattung für neue Professuren war und ist die Bereithaltung frei verfügbarer Personalstellen, Arbeitsflächen und Sachmittel zentraler Bestandteil des Konzepts. Diese Ressourcen sollen im leistungsgesteuerten Wettbewerb für begrenzte Zeit an Wissenschaftler vergeben werden, die hochqualifizierte Forschung in Arbeitsrichtungen des

Zentrums leisten. Dem Gedanken der Exzellenz kann damit am ehesten Geltung verschafft werden. Von den Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses wurde über alle Fraktionen hinweg der Aufbau eines "Zentrums für Technik und Informatik" als ein zukunftssträchtiges Konzept begrüßt.

Zur Konkretisierung der Forschungsziele des Zentrums und zur Erreichung notwendiger personeller und sächlicher Ressourcen sowie zur Erarbeitung von Finanzierungsmodellen initiierte das Rektorat einen Gesprächskreis von Experten aus den Reihen der Hochschullehrer und der Verwaltung. Die Forschungsinhalte beziehen sich vorerst auf verteilte Rechnernetze und ihre technischen Anwendungen. Neben den rein technischen Disziplinen sind auch die Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler in der Expertenrunde vertreten. Damit soll erreicht werden, daß von Anfang an ein Bezug zur betriebswirtschaftlichen Anwendung hergestellt wird und die sozialen Auswirkungen der modernen Technologien parallel zu den weiteren technischen Entwicklungen frühzeitig erforscht werden. Die Einbeziehung der Fachbereiche in den Diskussionsprozeß lieferte bisher positive Beiträge zur Struktur und Aufgabenstellung des Zentrums. Nicht direkt an der Fragestellung des Zentrums beteiligte Disziplinen kündigen bereits eigene Forschungsanstrengungen zu fachspezifischen, informatikbezogenen Fragestellungen an. Genannt seien hier die computergestützte

Sportspielbeobachtung, die linguistische Datenverarbeitung sowie Computer und Bildung.

Von den Fragestellungen der verschiedenen Disziplinen und Fächer ist also eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in hohem Maße gegeben. Sollte es gelingen, durch eine unkonventionelle Planung den für die Unterbringung der am Zentrum arbeitenden Wissenschaftler erforderlichen Neubau so zu gestalten, daß die Kommunikation zwischen den Forschern der verschiedenen Fachgebiete bereits baulich gefördert wird, so wird die beabsichtigte interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Sicherheit einfacher herzustellen sein. Die Fächer Architektur, Bautechnik und Landespflege haben ein starkes Interesse bekundet, bei der baulichen Umsetzung beratend tätig zu werden.

Das Land NRW als Mitfinanzier des einzurichtenden "Interdisziplinären Zentrums für Informatik und Technik" ist an den bisherigen Planungen beteiligt gewesen und hat auch eigene Vorstellungen über die Ausgestaltung des Zentrums entwickelt. Dabei wird vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit dem Aufbau des Forschungszentrums ein Ausbau der Studienplatzkapazität in der Informatik von bisher 155 auf 290 angestrebt. Dies ist durch die Vermehrung des Lehrpersonals und entsprechende Erweiterung der Raumkapazitäten zu erreichen und kommt auch den Interessen der Hochschule entgegen. Von Seiten der Hochschule sind 69 Stellen für

Professoren, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter für die Realisierung der gesteckten Ziele vorgesehen. Schwerpunktmäßig sollen diese Stellen für acht neu einzurichtende Forschungsgruppen bereitgestellt werden. Diese Gruppen sollen nach Auffassung der Expertengruppen in den Bereichen Softwaretechnik für verteilte Systeme, Rechnernetze/Verteilte Betriebssysteme, Grundlagen der Parallelverarbeitung, Expertensysteme für betriebswirtschaftliche Anwendungen, Kommunikationstechnik, Schaltungstechnik, Computer Integrated Manufacturing und Robotertechnik angesiedelt werden.

Ein kleinerer Teil der Mittel ist für den Ausbau existierender Forschungsgruppen vorgesehen und zwar im einzelnen für die Bereiche Parallele Algorithmen, Datentechnik, Computer Aided Design, Entwurfsmethodik/Datenbanken, Optische Kommunikation, Büroautomation/Produktionsplanung und Gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik sowie für die Infrastruktur des Zentrums, Zentrale Aufgaben der Informatik und den Ausbau des CADLAB.

Da die 69 Stellen für die angesprochenen Bereiche nicht ausreichen werden, hat sich die Hochschule bereit erklärt, einen Eigenbeitrag zu erbringen, der durch Umwidmung freiwerdender Stellen in anderen Bereichen aufgebracht werden soll. Für das Haushaltsjahr 1987 hat das MWuF bereits mehrere Stellen über die Einbringung eines Ergänzungsaus-

halts in Aussicht gestellt. Die Prioritäten hat das Rektorat im Rahmen des geplanten Umfangs wie folgt gesetzt:

vier Professuren (davon zwei für die Kernfachinformatik im Fachbereich 17 und zwei für die Bindestrich-Informatik in den Fachbereichen 10 und 14, acht wissenschaftliche Mitarbeiterstellen für das Forschungszentrum, zwei Stellen für nichtwissenschaftliche Mitarbeiter, zwei wissenschaftliche Mitarbeiterstellen für das CADLAB.

Die Stellen werden über eine Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt 1987 beantragt. Diese Vorlage umfaßt darüber hinaus 2,5 Mio DM für Gebäudeinvestitionskosten, 1,25 Mio DM für Ersteinrichtungsmittel und 110.000 DM an lfd. Sachkosten für das Jahr 1987. Noch nicht abschließend geklärt sind die Finanzierung der Investitionen (Bau und Ersteinrichtung) sowie der laufenden Kosten.

Die Bemühungen der Hochschule gehen dahin, einen möglichst hohen Anteil der zu erwartenden Spende einem einzurichtenden Kuratorium zur leistungsabhängigen Vergabe an die an den Fragestellungen des Zentrums beteiligten Arbeitsgruppen bereitzuhalten.

Nur bei Verfügung über ein ausreichend großes Volumen freier Mittel sind Anreize gegeben, einen lebendigen Wettbewerb der Ideen unter den Wissenschaftlern in Gang zu halten. Organisatorisch ist eine formale Trennung zwischen Mit-

gliedschaft in der Hochschule und dem Zentrum vorgesehen, womit zum einen die Trennung zwischen dem studienfachbedingtem Ausbau der Informatik und der Förderung der Spitzenforschung deutlich sichtbar wird und zum anderen einer Vermischung von Mitteln für die allgemeinen Aufgaben in Forschung und Lehre und denen für die Aufgaben des Zentrums entgegengewirkt wird. Daher ist auch nicht beabsichtigt, die noch zu berufenden Professoren und die bereits an der Universität-GH-Paderborn tätigen Wissenschaftler der betroffenen Fächer automatisch in das Zentrum aufzunehmen. Vielmehr soll durch das Kuratorium die Auswahl der besonders herausragenden Arbeitsgruppen und Wissenschaftler erfolgen. Dabei muß Exzellenz eindeutig Vorrang vor anderen Kriterien haben.

Die Beratungen über Aufgaben und Stellung des Kuratoriums sind bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Bereitschaft des Bundes, die Anstrengungen in Paderborn zu unterstützen, dürfte der baldigen Realisierung förderlich sein.

4.1.2 Frauenförderungspläne

Am 18. Juli 1986 hat das Rektorat auf Vorschlag der Mitgliedergruppen vier Frauen in eine sogenannte Findungskommission berufen.

Die Findungskommission hat die Aufgabe, ein Konzept für die Position einer Frauenbeauftragten der Hochschule und die institutionellen

Rahmenbedingungen zu entwickeln und auf dieser Grundlage Personalvorschläge zu erarbeiten. Das Rektorat hat darum gebeten, weitere Frauen in die Arbeit einzubeziehen, um dem Konzept und den Personalvorschlägen eine möglichst breite Basis zu sichern.

Diese Aktion ist Ergebnis der Diskussion über die Entschließung des Landtages Nordrhein-Westfalen "zur Situation der Frauen in NRW" und über das "Frauenförderungskonzept" der Landesregierung. Ziel ist die weitere Verbesserung der beruflichen Situation der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch beeinflusst durch die Rede von Frau Ministerin Brunn zum Thema "Frauen im Hochschulbereich". Ein konkretes Ergebnis zur Umfeldverbesserung liegt in Gestalt des Senatsbeschlusses vom 16.7.1986 betreffend einen "Frauen einbeziehenden Sprachgebrauch" vor, denn damit soll sichergestellt werden, daß in Studien- und Prüfungsordnungen und sonstigen Schriftstücken eine sprachliche Diskriminierung von Frauen unterbleibt.